

erschint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis vierteljährlich vier mit Tragelohn RM. 2.10, im Bezirk und 10-Km-Bereich RM. 2.10, im übrigen Württemberg RM. 2.20. Monats-Abonnement nach Verhältnis.

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

93. Jahrgang.

Dienstag, den 28. Januar

22

1919.

Anzeigen-Gebühr für die einspalt. Zeile aus gewöhnl. Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung 15 Pf. bei mehrmaliger entsprechend höher.

Verleger: Dr. Friedrichson, 4119 Stuttgart

Nur jetzt keine Selbsttäuschung!

Wir haben uns dem Feind auf Gnade und Ungnade ergeben. Einem Feinde, der entschlossen ist, das Recht des Siegers bis aufs letzte anzukämpfen und dem wir nur einen Triumph mehr bereiten, wenn wir sein Erbarmen aufheben. Auf niemanden als auf uns selbst dürfen wir bauen. Selbst wenn Wilson uns helfen wollte, welche Absicht ihm offenbar fern liegt und wozu er auch gar keinen Anlaß hat, so wäre er dazu kaum im Stande. Daß er sich unsermigen mit seinen bisherigen Freunden überweisen könnte, wozu eine weltfremde Verdinglichkeit gehört zu solcher Auffassung! Im übrigen haben wir durch die völlige Auflösung unseres Heeres und unsere täglich zunehmende Wehrlosigkeit selber Wilsons Stellung geschwächt, die Stellung des Wilson, vor allem, den sich unsere Träume ausmalen. Solange die deutschen Truppen geordnet zurückgingen, also bis zu dem Tage der Revolution, bedeuteten sie eine Macht, die Wilson, wenn seine Pläne auf einen Reichstagsaus- und Beschönigungsleben zielte, außerordentlich willkommen mit in die Wege hätte weisen können. Unser völliger militärischer Zusammenbruch hat jede derartige Hoffnung zerstört. Die Entente spielt seitdem mit uns wie die Katze mit der Maus, und aus der Tiefe unseres Falles sieht sie immer nur neuen Ansporn zu neuen Forderungen, neuen Quälereien. Wir haben dem nichts entgegenzusetzen als bewegte Einsprüche, papierene Bemerkungen, die völlig unbeachtet bleiben und höchstens ein höhnisches Lächeln erzwängen. Wilson schwelgt, schwelgt auch wenn er redet, denn er hat uns noch kein Wort der Ermüdung gesagt. Lassen wir deshalb endlich von der Selbsttäuschung, den schönen beglückenden Träumen, mit denen wir uns weils machen wollen, es sei alles gar nicht so schlimm und wir gingen besseren Zeiten entgegen! Vertrauen wir nicht darauf, daß auch nur ein Volk der Welt uns ob unseres Sturzes bedauert und freundlicher von uns denkt als während des Krieges! Wir haben keinen Freund und dürfen nur auf uns allein bauen! Alle anderen Erwartungen sind bunte Seifenblasen und erstere Männer unzulässig.

Die Leiden des Krieges, deren aller schlimmste uns 52 Monate lang durch die Tapferkeit unserer Feldgenossen erlitten gebildet sind, haben für uns erst jetzt richtig an. Auch darüber darf keine Täuschung aufkommen! Wer da meint, daß der Niederlage sei der Kampf zu Ende und nun kommt von selber wieder allmählich alles ins rechte Gleis, der kennt die naturnotwendige Folge eines unglücklichen Feldzuges nicht, zumal eines Feldzuges wie dieser es gewesen ist. Wir sind nicht nur jämmerlich verarmt, sondern wir stehen vor dem Ruin. Viel es uns schon vor dem Kriege schwer, unsere 65 Millionen-Bevölkerung zu ernähren, so ist es jetzt eine ganz Unmöglichkeit. Es sei denn, wir füllten uns wie Vögel mit der Arbeit, schwarzen wir unermüdet, um Waren zu erzeugen aus den Rohstoffen, die wir noch zur Verfügung haben um dafür Geld und Lebensmittel, neu Rohstoffe ins Land zu führen, an denen wir Mangel leiden. Nur harte, treue Arbeit kann uns vor der Vernichtung bewahren, nur sie kann uns in Stand setzen, neben der Kriegenschädigung, die man uns so oder so, in dieser oder jener Form, aufbürden wird und neben den Unsummen, die unser Staat für sich verbraucht das herbeizuschaffen, was wir für des eigenen Lebens Nahrung und Notdurft nötig haben.

Der verhängnisvollsten Selbsttäuschung geben sich die hin, die nicht vor der ehrlichen, angespannten Arbeit jedes Einzelnen, sondern von geschweiblichen Maßnahmen das Heil erwarten. Wir wollen die moralische und bolschewistische Lehren hier nicht auf ihre Selbstlosigkeit prüfen. Wären sie überhaupt zu verwirklichen, so könnte der Versuch höchstens in einem Lande mit blühender Volkswirtschaft, flüchtigem Reichtum gemacht werden. Wie sieht es bei uns? Wenn heute alle deutschen Volksgenossen „sozialisiert“ würden, so ergäbe das die Summe von 14 Milliarden Mark; der Reingewinn dieser Betriebe hat 1914/15 nur 1.1 Milliarden betragen. Wie weit können wir damit, immer vorausgesetzt, daß Lohnsteigerungen von dem Ansatze, der heute üblich ist, oder gar nicht zu vermehrende Maßstäbe der neuen Leiter Ertrag und Kapital nicht herabmindern? Ähnliche Selbsttäuschungen wie bei den Bergeschäftlichen Ideen, die uns in Wahrheit um das letzte diesen Kredit im Ausland betragen und jede Industrie lahm legen würden, wollen hinsichtlich der Steuererhöhungen und der verkehrten Vermögensbeurteilung od. Belasten wir die kleinen: Einkommen

nicht wesentlich stärker als bisher, so verbleibt, bei rund 45 Milliarden Volksgemeinkommen (wie im Jahre 1913) ein steuerbarer Betrag etwa von 20 Milliarden, an den sich zuerst Gemeinden und Einzelstaaten, dann das Reich halten können. Man mag die Steuerschraube noch so kräftig anziehen, mag allem für das Reich vier, fünf Milliarden herauspressen — Deckung für die gewaltigen Ausgaben beträgt das nicht. Ganz ähnlich ist es mit der Vermögensabgabe. Entziehen wir das werdende Kapital, schlachten die berühmte Henne, die die goldenen Eier legt, so verzeihen wir für alle Zeit den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, gestören damit die Arbeitsgelegenheiten und überantworten entweder den Arbeiter dem Hunger oder dem Auswanderungsgeflücht.

Loßt von der Selbsttäuschung, Deutsche! Seht den Dingen richtig ins Auge, nehmt sie, wie sie sind! Heute gilt es, vor allem die Maschine wieder in Gang zu setzen, die uns vor dem Krieg ernährte; heute gilt es, zu schaffen, einfach zu leben und zu sparen, damit wir neuen Reichtum ins Land schaffen. Die auf den Stumpf aufzugehen, was noch vorhanden ist; Streiks, Nord und Blünderungen führen mit rosender Gleichgültigkeit das völlige Verderben herbei. Nichts bleibt als der eine Weg. Wir müssen ihn, wollen wir unsere Kinder retten, sofort beschreiten.

Eine „Botschaft“ der prov. württ. Regierung.

Stuttgart, 25. Januar. Zu Beginn der heutigen Sitzung der Landesversammlung gab Minister Dr. Lindemann als stellv. Vorsitzender der prov. Regierung eine Botschaft der Regierung bekannt, in der es u. a. heißt: Der Umbau der öffentlichen Verwaltung sei nach den Grundzügen der sozialen Demokratie in wichtigen Punkten durchgeführt, in einer Reihe weiterer wirksam begonnen. Das Schaffen der Regierung hätte gründlicher und wertvoller werden können, hätten nicht ewig unruhige, der Erkennung aller Wirklichkeiten beharlich abgewandte Elemente wieder und wieder versucht, das Wohl des Volksganges und namentlich die Interessen der Arbeiter durch Zerstörung statt durch Aufbau nach ihrer Art zu fördern. Die Regierung habe wählen müssen zwischen den verhängnisvollen Folgen eines Zusammenbruchs und entschlossener Abwehr. Wer aber hätte wehe geteilt unter diesem Zusammenbruch als der bestmögliche Teil der Bevölkerung. Dankbar und angelehnt sei das Regierungsamt heute weniger denn je und es gehöre in der Tat staatsbürgerliche Opferbereitschaft dazu, um in der Gegenwart der Regierung eines Landes anzugehen. Die wirtschaftliche Lage lasse mit schwerster Besorgnis in die Zukunft blicken. Die ungeschminkte Wahrheit zeige ein Bild der schwersten Not und Gefährdung und es bedürfe des eisernen Willens unserer gesamten Volksgemeinschaft, um dem fernen Hinabgleiten Einhalt zu tun. Arbeit allein, schwere, für alle Teile des Volkes opfervolle Arbeit, vermag uns vor dem Ärgsten zu bewahren. Mächtige Arbeitskraft sei ein gefährlicher Luxus, den wir uns auf lange Zeit hinaus nicht mehr leisten können. Der Erreichung eines solchen Friedensschlusses wende die Regierung ihre ganze Aufmerksamkeit zu. Ein Notgesetz zur Gemeindeordnung sei in Vorbereitung, um die Gemeindevorauswahl nach neuen Grundzügen zu vollziehen und die Bürgerausschüsse aufzuheben. Zur Verwirklichung umfangreicher öffentlicher Arbeiten werden der Verammlung weitere Nachtragskredite zugehen; hierbei soll der Reckonkanal vorangestellt werden. Der Besetzungsweg bei Errichtung einer Landwirtschafskammer wird in Kürze vorgelegt werden. Eine Kommission ist beauftragt, die Betriebswege zu untersuchen, die im Rahmen unseres Staatswesens dem gemeinwirtschaftlichen Betrieb übergeben werden können. Bei allen ihren Handlungen sei die Regierung, von dem Grundsatze ausgegangen, die Demokratie durchzuführen und jede Art von Diktatur abzulehnen. Die Ordnung, Ruhe und Entschlossenheit, mit der das Schwabenvolk sein Selbstbestimmungsrecht angewendet hat, werden ihren Eindruck auch auf unsere Feinde nicht verfehlen. Die Pflicht, unser Deutschum allen Feinden zum Trotz zu erhalten, soll unser Führer sein durch alle Not und Bedrückung der Gegenwart, hinüber zu einer neuen Zukunft.

In Anbetracht an diese bedeutsame Kundgebung, die vom Haupte mit lebhafter Zustimmung aufgenommen wurde, sprach zunächst der Abg. Haugmann (D), der zunächst betonte, daß alles was von der Revolution bei uns erreicht worden sei, auch auf verfassungsmäßigem Wege sich hätte

erreichen lassen. Durch die letzte Verordnung des Königs, dem das Volk Dankbarkeit bewahren werde, sei das neue Wahlrecht und das Frauenstimmrecht gegeben worden. Unter förmlichem Befehl des Haupte erklärte er, die Richtung, welche russisches Kapital ehalten habe, um Deutschlands Wirtschaft zu zerstören, werde nie mehr das Recht haben, sich über Kapitalismus zu beschweren. Er beantragte, die prov. Regierung zu beauftragen, die Regierungsgeschäfte bis zur Verabschiedung der Verfassung weiterzuführen. Einem Zusammengehen mit keiner Partei oder Gruppe werde seine Fraktion ausweichen. Justizminister Klenz gab dann einen mit Befall aufgenommenen eingehenden Bericht über seine bisherige provisorische Leitung der Justizverwaltung. In längerer zum Teil sehr erregter Rede sprach Crispian (US). Seine und der Sportakademie Hände seien rein von russischem Geld; bei diesem handle es sich um die Befreiung der Lohnarbeiterschaft vom Kapitalismus; er befragte dann die Vorgänge in Stuttgart; die Sicherheitskompanie sei nichts als eine „weiße Garde“, die Spitzelwirtschaft leide. Von der Regierung verlangte er Aufschluß über die Verhaltung der Sportakademieführer. Minister Dr. Lindemann wies mit Nachdruck die Angriffe Crispians zurück. Gegenüber dessen Behauptung, man habe die Regierung nicht stützen wollen, verwies er darauf, daß man ihn als Arbeitsmittel für abgelehnt erklärt habe. Im Staatsministerium sei ein Maschinengewehr aufgestellt worden und demoskrische Sportakademien hätten die Erste Kammer und das Neue Tagblatt am 9./10. Januar besetzt. Es seien also keine „schwarzen“ Demonstrationen gewesen, wie Crispian behauptet hatte. Die Sicherheitskompanien hätten nur zur Abwehr von der Waffe Gebrauch gemacht. Die Verhaftung der Sportakademieführer sei erfolgt, weil sie einen Gewaltangriff auf die Regierung unternommen hätten. Die Regierung habe Garantien schaffen müssen, daß Württemberg nicht in ein gleiches Chaos und Unübersichtlichkeit geführt werde wie Berlin. Nächste Sitzung Montag 4 Uhr.

Wilson über den Völkerbund.

Paris, 25. Jan. WTB. Reuters. Auf der 2. öffentlichen Sitzung des Friedenskongresses sagte Clemenceau, daß beschlossen worden sei, eine Anzahl von Kommissionen zu ernennen, um die folgenden Punkte zu prüfen:

1. Völkerrecht.
2. Bruch der internationalen Kriegesgehe.
3. Wiederherstellung der Schäden.
4. Internationale Gesetzgebung über die industriellen und Arbeiterfrage.
5. Internationale Kontrolle der Häfen, Wasserstraßen und Eisenbahnen.

Er las die Entschlüsselung für die Bildung eines Völkerbundes vor und gab dann dem Bildenden Wilson das Wort, der in seiner Ansprache u. a. sagte:

Ich kann ohne Übertreibung sagen, daß wir nicht die Vertreter der Regierungen, sondern der Völker sind. Es genügt nicht, irgend wo nur die Regierungenkreise zu stellen; es ist nötig, daß wir die öffentliche Meinung der ganzen Welt zusehen stellen. Der Krieg hat in ungeheurer Maße die Bevölkerung aller davon betroffenen Länder in Mitleidenschaft gezogen. Wir haben daher die heilige Pflicht, dauerhafte Abmachungen zu treffen, die verbürgen, daß Gerechtigkeit geschieht und daß der Friede gesichert wird. Dies ist der Hauptzweck unserer Zusammenkunft. Das Unternehmen der Nationen für den Frieden und die Gerechtigkeit muß für die Dauer sein. In dieser Hinsicht sind die Ver. Staaten daran weniger interessiert als die anderen hier versammelten Nationen, da es bei ihnen weniger als bei den vielen anderen Nationen wahrscheinlich ist, daß sie unter einem feindlichen Angriff leiden werden. Der Eifer der Ver. Staaten entspricht nicht der Furcht und dem Argwohn, sondern ihren Idealen. Die Ver. Staaten würden das Gefühl haben, nicht an der Garantie für diese europäischen Verhandlungen teilnehmen zu können, wenn diese Garantie nicht die dauernde Überwachung des Weltfriedens durch die assoziierten Nationen der Welt einschließt. Daher müssen wir den Völkerbund zu einer Lebensfrage machen. Das Schicksal der Menschheit liegt in der ganzen Welt an der Hand des einfachen Mannes. Dem Genüge tun, heißt nicht nur das Vertrauen, das einer in einen gesetzt hat, rechtfertigen, sondern auch den Frieden errichten. Wenn man ihm nicht Genüge tut, wird keine Abmachung, die man trifft, den Frieden der Welt errichten oder festigen. Ich glaube, meine Herren, Sie können sich die Gefühle und die Absichten der Vertreter der Ver. Staaten, mit denen sie diesen großen Plan für den Völkerbund unterstützen, vorstellen. Wir betrachten ihn



als den Grundstein des ganzen Programms, in dem unsere Absichten, unsere Ideale in diesem Kriege zum Ausdruck gelangen, und als etwas, was die assoziierten Nationen als Grundlage für die Regelungen angenommen haben. Wir werden nicht wagen, als Vorkämpfer der Sache dieses Weltlebens in irgend einem Punkte ein Kompromiß zu schließen. In dieser gerechten Haltung, diesem Grundlag, daß wir nicht die Herren, sondern die Diener eines Volkes sind, müssen wir darauf sehen, daß jedes Volk der Welt seine eigenen Herren wählen und sein eigenes Schicksal bestimmen soll, nicht wie wir es wünschen, sondern wie es selbst wünscht. Wir sind, kurz gesagt, zu diesem Zwecke hier, um darauf zu halten, daß auch mit den Grundlagen dieses Krieges ausgeräumt wird, jenen Grundlagen, die von kleinen Colerien, von Herrschern und Militärschäden errichtet wurden, den Grundlagen des Angriffs großer Mächte auf kleine, des Zusammenhaltens von Reichern mit widerstrebenden Untertanen durch den Zwang der Waffen, durch die Macht kleiner Königschaften, die Menschen dazu zwingen, ihren Willen auszuführen, und sich der Menschen bedienen, als ob sie Figuren in einem Spiele wären. Ich hoffe, daß wir, wenn es, wie ich zuversichtlich erwarte, bekannt wird, daß wir die Grundzüge des Böhmerbundes angenommen haben und diese Grundzüge durch eine wirkliche Aktion auszuweiten beabsichtigen, schon dadurch allein einen großen Teil der Sorgen, die die Herzen der Menschen auf der ganzen Welt bedrückten, entfernt haben werden."

Nach Wilson erhob sich Lloyd George, um die Entschlieung zu unterstützen. Er sagte: Ich habe das Bedürfnis, zu erklären, mit welcher Begeisterung das britische Volk hinter diesem Vorschlag steht. Es ist nämlich Zeit, daß wir eine andere Methode für die Beilegung von Streitigkeiten finden als diese organisierte Schlägerei. Ich weiß nicht, ob wir bei unserem Unternehmen Erfolg haben werden, aber es bedeutet schon einen Erfolg, daß wir es unternommen haben. Nach Orlando und Bourgeois unterstützen die Resolution mit Nachdruck.

Tagesneuigkeiten.

Eine westdeutsche Republik?

Braunschweig, 26. Jan. WTB. Hier hat heute ein Kongreß zur Gründung einer Westdeutschen Republik stattgefunden. Betreten waren u. a. Stendal, Düsseldorf, Leipzig, Essen, Jena, Hannover, Pilsen, Hamburg, Oldenburg, Hildesheim, Coesfeld, Remscheid, Merseburg, Bremen und so weiter. Arbeiter Karl Köhl aus Stendal sprach über die politische Frage und schloß sein Referat in einer Entschlieung zusammen, die besagt, der Kongreß der A. und S. Räte Nordwestdeutschland sieht auf dem Boden des Erfurter Programms, wenn er einstimmig das feste Bekenntnis ablegt, daß die politische Macht in den Händen der A. und S. Räte bleiben muß bis der Sozialismus gesichert erscheint. Die A. und S. Räte Nordwestdeutschland verpflichten sich untereinander, die politische Macht nicht aus den Händen zu geben und die politische Macht, die sie von den revolutionären Arbeitern und Soldaten erhalten haben, solange zu behalten, bis das Werk der Revolution vollkommen gesichert ist. Die A. und S. Räte sehen in der Nationalversammlung lediglich ein Organ zur Demokratisierung und Sozialisierung des Reiches. Erweist sich die Nationalversammlung hierfür ungeeignet, dann hat sie und nicht die A. und S. Räte abzutreten. Derer-Braunschweig sprach über die Bildung einer Republik Nordwestdeutschland und brachte eine Entschlieung ein, die besagt, die Revolution könne nur geseit werden,

Der Traum in Feindesland.

Roman von Justus Schoenthal.

72) (Nachdruck verboten.)
Er setzte sich an den Straßengrand in den Graben. — Zwanzig Minuten mochte er gefesselt haben, als er ein Geräusch in der Ferne vernahm. Er lepte das Ohr an die Erde. Es war nicht zu unterscheiden, wie viele Personen sich näherten. Zweimal gab er das verarbeitete Zeichen.
"Kerrichal! Kerrichal!"
In der Ferne antwortete eine weibliche Stimme "Sakob". Er vermutete, die Stimme Mariannes zu hören. Aber es konnte auch Tauschung sein. Noch einmal krächzte er wie ein Hahn sein "Kerrichal, Kerrichal!" Dann lautete er angelegentlich.
Er hörte die Stimmen der Personen, die sich näherten. Seht glaube er, auch des Offiziers Stimme zu erkennen. Aber — war da nicht eine dritte Person?
Er sah eine Leinwandtafel ausfliegen und die Straße absuchen. Nicht wurde er sich in den Straßengraben. Und jetzt ganz nah... Ja, das war die Stimme Mariannes.
"Wart aus dieser Gegend kam aber ganz bestimmt der Rabenschrei, Sakob!"
Schon wollte er ins Licht treten. Da hörte er die Stimme des Bismarck.
"Kaput! Kaput!"
Ein kochender Schrei sagte ihm vom Himmel bis zur Seele. Sie hatten ihn verraten! Und jetzt wollten sie ihn fangen... Aber lebendig sollten sie ihn nicht bekommen. Er riß den Revolver aus der Lederhülle und entzündete ihn... Es gab ein knackerndes Geräusch.
Der Oberst trat in den Schatten.
"Kerrichal!" rief er. "Warten Sie die Lampe. Ich habe eben deutlich das Knacken einer Schußwaffe gehört."
Da vernahm er Mariannes glückselige Stimme.
"Ich Sakob, Hauptmann Kersten. Sie sind erschrocken, weil mein Schwager mich begleitet hat. Gehen Sie mit."

wenn das System der Räteregierung erhalten bleibt. In Westdeutschland seien daher in sich aberschlossene sozialistische Freistaaten zu bilden, die unter Regierungen von A. und S. Räten stehen und zwar: 1. Sachsen mit der Provinz Sachsen, Magdeburg und den beiden Kur. Hauptstadt Leipzig. 2. Groß-Hannover bis an die Fulda reichend und nördlich bis zum Harz, Hauptstadt Esfurt. 3. Hessen umfassend das nördlich des Main gelegene Hessen-Rhönland und Kurhessen, Hauptstadt Frankfurt am Main. 4. Rheinland und Westfalen, Hauptstadt Elberfeld. 5. Hannover mit Ostfriesland Hauptstadt Hannover. 6. Oldenburg. 7. Der Bremer Freistaat mit Geestemünde, Bremerhaven und Lehe, Hauptstadt Bremen. 8. Braunschweig Lüneburg: südlich bis zum Schaumburg des Harzes, nördlich bis an die Nordsee reichend, Es schließen Hauptstadt Braunschweig. 9. Hamburg mit Schleswig-Holstein. 10. Die Altmark mit Anhalt und dem nördlichen Teil der Provinz Sachsen, Hauptstadt Magdeburg. Diese sozialistischen Freistaaten hätten sich zu einer Vereinigung des westdeutschen sozialistischen Freistaates zusammenzuschließen mit der Hauptstadt Cassel.

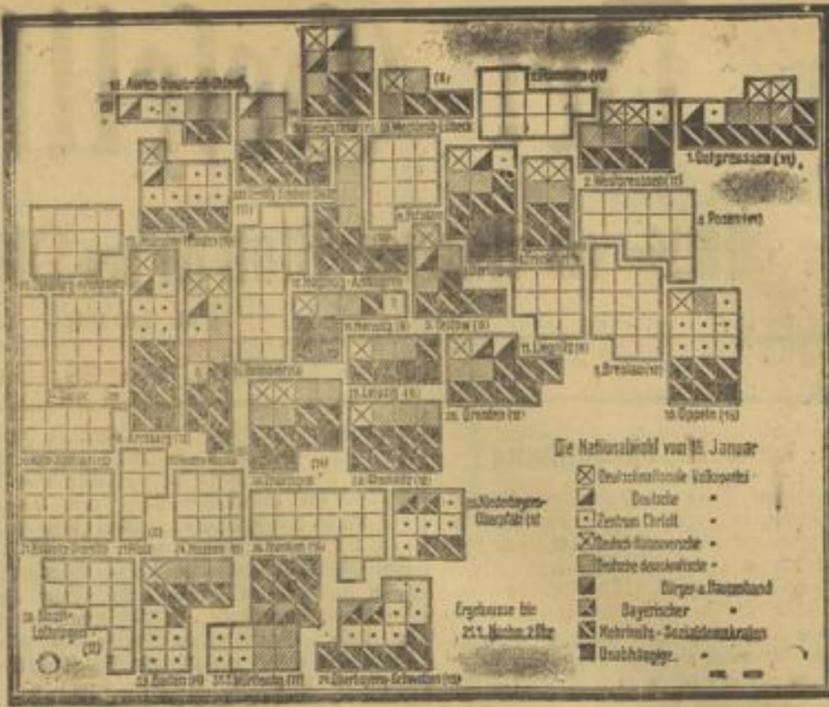
Dem Kaiser zum Geburtstag.

Berlin. Dem Kaiser widmen die "Deutsche Tageszeitung", die "Kreuzzeitung", "Tägliche Rundschau", "Deutsche Zeitung", "Neueste Nachrichten" und "Berliner Lokal-Anzeiger" Artikel zum 27. Januar.

Foch bleibt beim Zehnstundentag.

Berlin, 26. Jan. WTB. Die deutsche Waffenstillstandskommission hatte, wie bereits bekannt, die Alliierten ersucht, an Stelle der von ihnen für den Eisenbahnbetrieb im besetzten Gebiete eingeführten 10 Stunden tags wieder die 9stündige Zeit einzuführen, die bereits vor der Besetzung in Kraft war. In der Sitzung der Waffenstill-

standskommission in Spa vom 25. Januar ließ Marschall Foch mitteilen, er könne dem deutschen Ersuchen nicht folgen, dagegen würden den Eisenbahngesellschaften im besetzten Gebiete gegen Vergütung von den alliierten Armeen die für eine ausreichende Ernährung notwendigen Lebensmittel geliefert werden.
Ein Sozialdemokrat über die Offiziere.
Am 6. Jan hat in Steglitz im Sozialdem. Bezirksverein der preussische Kultusminister Häufig vor rund 2000 Genossen eine große Rede gehalten und dabei nach dem "Steglitzer Anzeiger" u. a. folgendes gesagt:
Wenn diese Wirtschaft (gemeint ist das Spartakusstreben in Berlin) noch mehrere Tage so weiter geht, dann sind wir am Ende, dann wird der Verband keine Stunde mehr länger, keine Truppen nach Berlin zu schicken, trotzdem unsere Truppen, Mannschaften wie Offiziere (lebhafteste Zustimmung) bis zum letzten Augenblick unsere Grenzen vom Feinde freigehalten haben. Wir alle lieben unter Herz, das unser Vaterland mehr als vier Jahre gegen eine ungeheure Uebermacht geschützt hat mit Opfern an Mannschaften und Offizieren, die höchste Anerkennung und Bewunderung wert sind. Ich sage auch an Offiziere, obwohl ich weiß, daß unter ihnen sich räuberische Schafe befinden haben; aber ich bin weit entfernt davon, diesen Vorwurf gegen alle deutsche Offiziere, die doch auch Söhne des Volkes sind, (lebhafteste Zustimmung) richten zu wollen. Ich will nur feststellen, daß das deutsche Offizierskorps 40 v. H. seines ganzen Bestandes während des Krieges an Toten verloren hat. Ich bin mir voll bewußt, daß ich mit dieser Feststellung den Haß der Herren von Spartakus und Plebaner zugleich, aber ich möchte gerade als Sozialdemokrat den ungerechtfertigten und beleidigenden Angriffen gegen das Offizierskorps entgegen treten. Damit gebe ich den Kampf gegen den Militarismus keineswegs auf.
Weg, Marianne, alles Glück, das Sie selbst sich erhoffen. Leben Sie wohl!
Der Hauptmann hatte den Motor nochmals geprüft, auch den Benzintank untersucht. Alle Vorbereitungen zum Abflug waren getroffen. Bitternd setzte sich der Motor wieder in Bewegung.
"Leben Sie wohl, meine Herren, und denken Sie unter in diese!"
Noch ein Händegruß und noch einer... Der Rienenvogel hob sich mit seiner Last, und wenige Sekunden später hatte ihn die Nacht verschlungen.
Marianne hörte noch das doppelte "Goodbye" der beiden Herren. Sie sah im Nebel ein paar Baumkronen. In ihren Fäßen schickte etwas Reihes auf, vielleicht die Brandung, die aus Gesteine rollte; dann sank sie zurück und schloß die Augen.
Als der Hauptmann sich nach ihr umwandte, bemerkte er, daß sie schlief. Die Aufregung der letzten Stunden hatte doch nicht die Rechte der Natur zu bezwingen vermocht... Er aber sah mit weitausgeöffneten Augen in die Finsternis und keuerte gen Osten, Deutschland entgegen.
18. Kapitel.
Union Jad.
Der Obermatrose hatte lange genug in die Bekken der Nordsee geherrt. Er laudete den Briem über die Kelling und meinte geringschätzig:
"Ne, Kinder, der nennt ihr nu Dienst. Der nennt ich Dienboden zur See. Ich seh schon: wir fahren heute abend wieder zu Hause und ham nicht erlebt."
Er klopfte dem neben ihm liegenden Matrosen derb auf die Schulter und sah zur Uhr.
"Was? Schon fünf? Na, wird das denn heute den jungen Lach so'n jauchelnd Wetter find. Sieht ja aus, als ob de Sonne wackeln wüde." Er gähnte. "Der mer knappen Stunde worn 100 abjakt. Werde mal 'n bißchen Ruhe nehmen."
Doch der müde Matrosen sah.
"Friedigung folgt"



flam
verdie
Seite
nation
Janu
Gene
daß
bis
Kell
Kon
zum
leise
vor
franz
veran
ische
deck
Europ
komm
bet
Sach
den
der U
schlag
Sejan
abge
Wege
Wied
Eifen
send
den
nach
aus
der S
verh
jofort
den v
allier
Fü
gen
sich
gefan
bekan
Fried
leits
koman
h
r
Meße
Frang
als g
des
vor
littsch
erhö
gendet
lichten
unver
für d
ist ein
Diese
Zen
aus, j
dort
den,
vertei
die H
geld
lich
ange
flam
von
anent
behr
pen,
an der
gestell
Trupp
dal
ne
chne
Gren
schon
seit d
daß
als
des
er
L
vertei
der
Republ
flam

Die Köln. Ztg. bemerkt dazu: Angesichts der häufigen Angriffe, die gegen das Offizierkorps gerichtet werden, verdient eine solche öffentliche Erklärung und vor dieser Seite aus ganz besondere Beachtung.

Die Verhandlungen in Spa.

Berlin, 24. Jan. WZ. In der Sitzung der internationalen Waffenstillstandskommission in Spa vom 22. Januar erobert der Vorsitzende der französischen Mission, General Nudant, zu Beginn der Sitzung Bescheid, daß von den deutschen Seiten zu liefernden 5000 Lastautos bis zum 20. Januar nur 4239 übergeben wurden. Er stellt fest, daß hier schlechter Wille vorliegt. Die deutsche Kommission entspricht klar schriftliche Antwort. Sie erklärt zunächst, die Verzögerung liege an den bereits bei der Ablieferung des Eisenbahnmaterials zutage getretenen Mängeln, vor allem an den allzuleisten Abnahmekommissionen. Der französische Vorsitzende sieht sich durch diese Darstellung veranlaßt, seinen Vorwurf „schlechter Wille“ zurückzunehmen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung überreicht der englische Vertreter die Mitteilung, daß General v. Leitzow-Berndt sich noch in Dares-Salam befindet, seine Abreise nach Europa siehe jedoch bevor. Die deutsche Waffenstillstandskommission übermittelte der Entente sodann eine Note, in der sie erneut auf eine vollständige Befreiung aller deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in den alliierten Ländern dringt. Die Franzosen hätten in der Unterkommission für Kriegsgefangene den deutsch-n. Vorschlag, zur Vorbereitung des Abtransports der deutschen Kriegsgefangenen Lagerstätten aufzustellen, mit dem Besatzen abgelehnt, daß sich 200.000 deutsche Gefangene auf dem Wege nach den geübtesten Gebieten befinden, um dort zum Wiederaufbau verwendet zu werden. Eine Auffstellung der Listen wäre daher unmöglich. In diesen Belangen anklingend erhebt die deutsche Note den französischen Vorsitzenden um Berücksichtigung dieser Erklärung und stellt fest, daß nach dem Rücktritt von der alliierten Kriegsgefangenen aus Deutschland kein Grund mehr vorliegt, den Rücktransport der Schwerverletzten und kranken deutschen Gefangenen zu verhindern. General Nudant, der die Hauptpunkte der Note sofort dem Oberkommando der Alliierten zur Kenntnis zu geben verspricht, sagt Mitteilung über die Stellungnahme der alliierten Delegationen zu dieser Frage bis morgen zu. Für die kranken und schwerverletzten Gefangenen werde er eine günstige Lösung erwirken. In- schließlich der allgemeinen Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen halte er es jedoch für besser, in Deutschland bekannt zu geben, daß diese Frage wohl kaum vor den Friedensverhandlungen gelöst werden könne. Die deutscherseits auf Grund des Artikels 6 des Waffenstillstandsabkommens verlangte Freigabe des Direktors Leopold Gerhardt und des Prokuristen Martin Schocke von der Meyer Zwischstelle der Diskon-Gesellschaft wird von den Franzosen abgelehnt. Beide seien bekannte Abenteurer und als gefährlich für die öffentliche Ordnung und Sicherheit des Heres in Haft genommen. Ihre Aburteilung werde vor einem Zivilgericht erfolgen.

Für die Pressefreiheit.

Berlin, 24. Jan. WZ. Der Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands (gez. Arbeiter, Chochen) erhebt an alle Arbeiter- und Soldatenräte im Reich folgenden Antrag: In der letzten Zeit haben sich die Nachrichten über Eingriffe in die Pressefreiheit gemehrt. Die ungesetzlichen Beschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit, für die die Arbeiter- und Soldatenräte lang gekämpft haben, ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution. Diese Errungenschaft muß unbedingt geschützt werden. Der Zentralrat fordert daher alle Arbeiter- und Soldatenräte auf, jeden Eingriff in die Pressefreiheit zu unterlassen und dort wo Gewalt oder Willkür gegen sie angewendet worden, die Presse- und Meinungsfreiheit mit allen Mitteln zu verteidigen. Der Zentralrat wird von der Reichsregierung die Anwendung aller Mittel fordern, um die ungesetzlichen Beschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit zu beseitigen, und ihr hierbei alle Unterstützung angedeihen zu lassen.

Portugal.

Die letzten Nachrichten von dem monarchistischen Aufstand in Portugal geben noch kein halbwegs klares Bild von dem Stand der Dinge. Der Kampf ist offenbar noch unentschieden. Angeblich stehen auf der Seite Lisabon beherrschenden Hügel von Monjanto monarchistische Truppen, während sich in der Stadt selber die Republikaner, an deren Spitze sich der Parteiführer Antonio Jose D'Almeida gestellt haben soll, zu haben scheinen. Mehrere sonstige Truppenbewegungen, von denen berichtet wird und die sich bei näherem Zusehen des Spanier widersprechen, stammen ohne Zweifel aus der Phantastik des spanisch-portugiesischen Ozeanjournalismus, dessen Beschaffenheit wir schon gekennzeichnet haben. Im Ganzen dürfte sich wiederholen, was seit der Gründung der Republik immer beobachtet wurde: daß nämlich der Norden des Landes mit Oporto und Braga als Hauptstützen mit der Monarchie sympathisiert, während der Süden überwiegend republikanisch bleibt. Auch scheint es, daß, wie üblich, die Armee sich auf beide Parteien verteilt, während die Marine, was in Anbetracht der Lage der hauptsächlichsten Städte wichtig ist, einmütig für die Republik eintritt.

Soldaten-Entscheidungen.

Berlin, 25. Jan. Der Zentralrat der Marine hat sich veranlaßt, an die ihm unterstellten Stationen

Aufklärungen über das Treiben gewisser Agenten geben zu lassen, die in letzter Zeit nicht nur in Berlin mit Erfolg verfahren, sondern auch für das Ausland angewendet werden. Die Agenten suchen hauptsächlich Unterseeboote, Maschinisten, Torpedoschiffe und Minensucher, denen von den fremden Staaten, in deren Auftrag die Arbeiter arbeiten, nicht unerhebliche Löhne geboten werden. Besonders gesucht sind auch Marineoffiziere. Nicht nur Mannschaften, sondern auch Offiziere werden zu werden gesucht. So verlangt eine Großmacht des Ostens außer Marinepersonal besonders Artillerieoffiziere. Die Arbeiter arbeiten mit allen Mitteln. Leider ist es bisher noch nicht gelungen, die Werdebureaus zu ermitteln, die ihre „legendarische Tätigkeit“ über ganz Deutschland ausbreiten und wie vor langen Jahren deutsche Landknechte anzulocken suchen. Es handelt sich hierbei nicht etwa um Instruktionstruppen von den Werbemännern, wird vielmehr klipp und klar gesagt, daß die Mannschaften Geheime haben sollen, sich bald zu belästigen und daß einem schnellen Vorgehen in Kriegszeiten nichts im Wege stehe.

Französische Justiz.

Berlin. Aus Höchst am Main wird dem „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, daß ein reichbegüterter Landwirt aus einem Dorort, weil er aus dem französischen Lager Hater entkommen hatte, auf Anordnung der französischen Kommandeure zwei Stunden lang vor seinem Hoftor mit dem vorgeschriebenen Schild „Ich bin ein Dieb“ stehen mußte. Später wurde an dem Hoftor ein Schild angebracht, das lautete: „Hier wohnt ein Dieb“. Es muß mehrere Monate hängen bleiben.

Die Wahlen in Preußen.

Berlin, 26. Januar. WZ. Der heutige Preußen-Wahltag ist in Berlin unerwartet still verlaufen. Von einem besonderen Andrang zu den Abstimmungslokalen war nirgends etwas zu sehen. Es schien, als ob die Erfahrungen des vorigen Sonntag, an dem die Wähler und Wählerinnen besonders in den Vormittagsstunden sich stundenlang vor den Lokalen an der Straße aufgestellt hatten, bei dem heutigen Frostwetter und leichten Schneefall stark abschreckend gewirkt hätten. Wohl ist das Ergebnis nur eine gleichmäßige Verteilung der Abstimmungen. Aber der äußere Eindruck geht doch dahin, als ob der Andrang an den Wahllokalen überhaupt viel geringer wäre. Die Erscheinung, daß das Interesse für die preussischen Wahlen verhältnismäßig gering ist, scheint die Revolution überaus zu haben, oder der Reiz der Neuheit, der am vorigen Sonntag so äußerst lebhaft wirkte, ist schon wieder verfliegen.

Arbeiter- und Soldatenräte. Die Reichsregierung (wie jetzt die Herren Ebert und Scheidemann zu tun) hat über die Finanzgebahren der Arbeiter- und Soldatenräte eine Verordnung erlassen. Diese sind zu Anweisen an Kassen, zu Verfügungen über Reichsgut jeglicher Art (Einkauf und Materialbestände) nicht berechtigt. Sie erhalten ihre persönlichen Bedürfnisse ausschließlich von den Kassen und auf Anweisung der Dienststellen, denen sie zugewiesen sind. Diese Dienststellen tragen auch die Kosten für die Geschäftsbetriebe und das Personal. Die Bedürfnisse müssen sich in den Grenzen der von der Reichsregierung festgesetzten Sätze halten. Pauschalabfindungen sowie Bonuszahlungen und Tagelohnen sind unzulässig. Für die rückstehende Zeit haben die Arbeiter- und Soldatenräte bis spätestens 31. Januar 1919 über ihre künftigen Einnahmen und Ausgaben nach den bestehenden Kassenvorschriften bei der für sie zuständigen Kasse unter Eidattribution der Herkunft der Geldmittel Rechnung zu legen. Die Rechnungen unterliegen der allgemeinen vorgeschriebenen Nachprüfung durch die Prüfungsbehörde und durch den Rechnungshof. Für unzulässige Ausgaben und Verfügungen haften die Mitglieder der Arbeiter- und Soldatenräte, soweit sie nachweislich schuldhaft gehandelt haben.

Aus Stadt und Bezirk.

Magdeburg, 25. Januar 1919.

Die würt. Bezirksliste Nr. 741 bezeichnet:

- Wag. Friedrich, 16.9.97, Oberhamborf, vermisst.
- Waller, Friedrich, 21.8.99, Dormstedt, vermisst.
- Kaupp, Gottlob, 12.19.83, Halberbach, leicht verwundet.
- Koch, Gottlob, 26.10.98, Eichenhausen, vermisst.
- Fischer, Otto, 9.12.91, Magdeburg, vermisst.
- Meyer, August, 25.98, Bietingen, vermisst.
- Werner, Wilhelm, 6.4.95, Wendorf, vermisst.
- Seeger, Wilhelm, 6.8.98, Magdeburg, leicht verwundet.
- Wendhauer, Georg, 8.11.99, Oberföhringen, vermisst.
- Stah, Jakob, 31.7.99, Echingen, vermisst.
- Geppmann, Christian, 6.8.11.94, Holzgrobenweiler, leicht verwundet, bei der Truppe.
- Gamerding, Karl, 10.5.83, Unterföhringen, leicht verwundet.
- Wick, Otto, 12.12.93, Altdorf, vermisst.
- Wacker, Wilhelm, 6.8.99, 9.2.80, Holzbrunn, in Gefangenschaft.
- Keller, Wilhelm, 9.3.78, Wülfing, in Gefangenschaft.
- Hettich, Paul, 11.6.99, Neuhengst, gefangen.

Erleichterung des Güterverkehrs. Nachdem die Tuppentransporte in der Hauptsache beendet sind, hat die würt. Eisenbahnverwaltung in ihrem Verein versuchsweise die Beschränkungen für den zurzeit ohnehin schwachen privaten Güterverkehr aufgehoben. Ob dieser Beschluß mit Rücksicht auf den aus bekannten Gründen bestehenden Mangel an Lokomotoren und Güterwagen nicht bald wieder aufgehoben werden muß, kann erst die weitere Entwicklung der Verhältnisse lehren. Bei der Frage der Zulassung von Sendungen nach anderen deutschen Bahnen ist die würt. Fernverwaltung an die für diese Bahnen bestehenden Betriebsbeschränkungen und Sperranordnungen über die

bei den Güterstellen näheres zu erfahren ist, gebunden. Mit der rechtzeitigen Bestellung der Wagen für die zur Beförderung zugelassenen Sendungen kann bei dem bekannten außerordentlichen Wagenmangel nicht gerechnet werden.

Schlimme Ausichten für die Raucher. Die Berliner „Tabakzeitungen“ beurteilen die Ausichten der deutschen Raucher sehr pessimistisch. Nicht nur, daß die Bestände an Zigarren und Zigaretten sehr bald zu Ende gehen und die hohen Preise zu Phantasiesteigen emporschwellen werden, stehen nun demnach auch die Pfeifenraucher vor erhöhten Schwierigkeiten. Diese hängen mit der Befreiung der Pfalz und des Elßes zusammen. Von dort kam ein großer Teil der deutschen Tabake. Doch die Entlastung auf die dortigen Bestände die Hand legen wird, ist nicht zu bezweifeln. Deshalb wird der Tabakpreis, der mit der Einstellung der Herstellungsleistungen dem Publikum auflief, sehr bald nachlassen und die Raucher, die in einigen Monaten auf den Markt kommen, werden beschwindend klein sein. Das Publikum wird also wieder zu dem Tabakerwerb greifen müssen. Ob wohl der Rest vom letzten Jahre nochmals angeboten werden darf?

Auf dem heutigen Schweinemarkt waren zugewiesen: 272 Milchschweine und 181 Käuferschweine. Verkauft wurden 157 Milch- mit einem Geß. Erbs von 17402.4 und 101 Käuferschweine mit einem Geß. Erbs von 21361.4. Der Einzelpreis für das Paar Milchschweine betrug 202—252.4, für das Paar Käuferschweine 298—540.4. Handel flau.

Stimmen aus dem Publikum!

Am 19. Januar folgte eine hiesige Wittin, die „Liederlichsten“ seien alle wieder gekommen. Ein Gast fragte um nähere Auskunft, dann sagte sie, die Anwesenden seien ausgeschloffen. Haben die Liederlichsten nicht auch den Kopf für das schamlose Wackweib hingehoben? Die „Liederlichsten“ danken für das Entgegenkommen. Sie wird vielleicht in der Zukunft an die Liederlichsten denken. Dies Wackweib werden wir strafbar aber mit „Berachtung“! Mehrere der Liederlichsten.

Letzte Nachrichten.

Wie englische Zeitungen berichten, hat Wilson Italiens weitgehende Forderungen abgelehnt.

In Wilhelmshaven haben die Spartakisten das Ständrecht proklamiert. Die Reichsbank und Stationskassen wurden von ihnen beschl. Verhaftungen wurden vorgenommen. Der Eisenbahnverkehr ist gestillt.

Wie aus Darmstadt gemeldet wird, werden in allen größeren Stadt- und Landgemeinden des besetzten Rheinlandes von der Besatzungsarmee für die Bewohner französische Sprachkurse abgehalten. Im Revier Birgen ist der französische Unterricht in den Volksschulen obligatorisch eingeführt.

Wie aus Bukarest gemeldet wird, ist in Rumänien ein Bauernaufstand ausgebrochen. Es fanden große Kämpfe statt, besonders in Bukarest. Sozialistische Soldaten haben sich den Revolutionären angeschlossen.

Mitmaßl. Wetter am Mittwoch und Donnerstag. Uebergang zu Tauwetter.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Paul Egg, Magdeburg. Druck u. Verlag der W. B. Jülicher'schen Buchdruckerei (Hans Jülicher) Magdeburg.

Amtliches.

Verfügung des Arbeitsministeriums, betreffend die Vergebung öffentlicher Arbeiten an Handwerker während der Demobilmachungs- und Uebergangszeit.

Nach Beschlußigung mit den Ministern der auswärtigen Angelegenheiten, Verkehrsabteilung, des Innern und der Finanzen verfüge ich als Staatskommissar für die württembergische Demobilmachung:

I

Die staatlichen Behörden werden angewiesen, bis auf weiteres bei der Vergebung von Arbeiten und Lieferungen für die Zwecke ihrer Verwaltung folgende Bestimmungen einzuhalten:

1. Handwerksmäßig herzustellende Arbeiten sind vorzugsweise an Handwerkervereinigungen durch Vermittlung der Handwerkskammern oder ihrer Wirtschaftsstellen zu vergeben. Rohbau- und Tischarbeiten bis zu einem Höchstbetrag von 3000.4, andere Arbeiten und Lieferungen bis zu einem solchen von 800.4 können in der bisher üblichen Weise vergeben werden.

Breitet eine Behörde Unterhaltungsarbeiten für eine bestimmte Zeit im voraus an einem Handwerker, so hat sie dies der Handwerkskammer (Wirtschaftsstelle) mitzuteilen. Kommen für die Ausführungen von Arbeiten oder Lieferungen neben Handwerksbetrieben auch nichthandwerksmäßige Unternehmungen in Betracht, so können auch diese zur Ausführung herangezogen werden. Für die Entscheidung über die Vergebung soll nicht in erster Linie das Preisangebot entscheidend sein, sondern die Notwendigkeit einer möglichst gleichmäßigen Beschäftigung der Betriebe.

2. Soweit Handwerkervereinigungen für die Uebernahme von Aufträgen nicht vorhanden sind, veranlassen die von den Handwerkskammern errichteten Wirtschaftsstellen die Aufträge zur Vergebung an die örtlich in Betracht kommenden Handwerker.



3. Die Handwerkervereinigungen haben die Aufträge an die nach den baulichen Verhältnissen in Betracht kommenden Handwerker ohne Rücksicht auf deren Zugehörigkeit zur Vereinigung zu vergeben. Auf Kriegsteilnehmer oder sonst durch den Krieg schwer betroffene Handwerker soll besonders Rücksicht genommen werden. Handwerker, welche die von den beteiligten Organisationen geschlossenen Vereinbarungen für das Arbeitsverhältnis nicht einhalten, sind ausgeschlossen.

Die Wirtschaftsstellen haben die angemessene Vergütung der Aufträge durch die Handwerkervereinigungen zu überwachen. Einwendungen der vergebenden Behörden gegen Uebersetzung einer Arbeit an einen bestimmten Handwerker haben die Handwerkervereinigungen Rechnung zu tragen.

4. Den vergebenden Behörden sind Preisberechnungen für die zu vergebenden Arbeiten einzureichen, auf deren Grundlage eine Verhandlung über die Festsetzung der Preise für die Vergabe zu erfolgen hat. Kommt eine Verständigung nicht zustande, so ist das Schiedsamt (Ziffer 7) anzurufen, dessen Entscheidung für beide Teile maßgebend ist.

5. Für die handwerksmäßige Herstellung der Arbeiten hat die Handwerkervereinigung, im Fall der Ziffer 2 die Wirtschaftsstelle, auf Verlangen der vergebenden Behörde

die Haftung zu übernehmen. Die vergebende Behörde kann sich mit der Haftung des Handwerkers, dem die Ausführung übertragen ist, begnügen.

6. Soweit nach Ziff. 5 die Handwerkervereinigung oder die Wirtschaftsstelle für die Ausführung haftet, hat sie auch die Abrechnung für die Arbeiten zu übernehmen; die Zahlungen sind an sie zu leisten.

7. Für die Erledigung der zwischen vergebenden Behörden, Handwerkskammern und deren Wirtschaftsstellen, Handwerkervereinigungen und einzelnen Handwerkern bei der Anwendung vorstehender Grundsätze sich ergebenden Streitigkeiten richtet das Arbeitsministerium ein Schiedsamt für öffentliche Arbeiten, im Bedarfsfall mehrere Schiedsamter ein. Das Schiedsamt besteht aus einem ständigen Vorsitzenden und Mitgliedern. Das Arbeitsministerium ernennt den Vorsitzenden und bestellt die Mitglieder je hälftig aus den Kreisen der Staatsräthler und der Handwerker. Das Schiedsamt entscheidet in der Besetzung von 3 Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden; die zwei anderen Mitglieder bestimmt der Vorsitzende und zwar je ein Staatsrechtler und ein Handwerkermitglied, bei deren Auswahl die beiden zu entscheidenden Streitigkeiten usw. jeweils in Betracht kommenden Gewerbezweige nach Möglichkeit zu berücksichtigen sind. Die Geschäfts- und Verfahrensordnung des

Schiedsamts stellt der Vorsitzende mit Genehmigung des Arbeitsministeriums auf. Die Entscheidungen des Schiedsamts sind endgültig und für beide Teile bindend.

II.
Soweit die Vorschriften von I Ziffer 1 nicht entgegenstehen oder soweit sie auf die Vergabe öffentlicher Arbeiten und Lieferungen keine Anwendung finden, bleiben die Bestimmungen der Verfügung der Ministerien der Auswärtigen Angelegenheiten, Verkehrsabteilung, des Innern und der Finanzen vom 18. März 1912 (Reg. Bl. S. 87) maßgebend.

III.
Die Gemeinden und andere Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts werden angewiesen, bei Vergabe von Arbeiten und Lieferungen in gleicher Weise zu verfahren, wie es z. B. 1-6 nach den Bestimmungen I für die staatlichen Vergabungen vorgeschrieben ist. I Ziffer 2 findet keine Anwendung auf die Gemeinden. Diese sind aber verpflichtet, die von ihnen vergebenen Arbeiten der Wirtschaftsstelle zu melden. Soweit die Gemeinden usw. nicht im Einvernehmen mit den Handwerkskammern oder Handwerkervereinigungen eigene Schiedsamter einrichten, steht ihnen die Anrufung des nach I Ziffer 7 errichteten Schiedsamts frei.
Lindemann.

Stadtgemeinde Nagold. Brennholzbedarf für 1919/20 betr.

Trotz mehrmaliger Aufforderung im Kreisblatt hat ein großer Teil der hiesigen Einwohnerschaft den Brennholzbedarf für 1. April 1919/20 noch nicht angemeldet, es ergeht daher hienur legitime Aufforderung, dies am morgigen Mittwoch im Wartezimmer der Stadtpflege nachzuholen. Nichtberücksichtigung in der Brennholzvergabe haben sich Eigentümer selbst zuzuschreiben.

Gemeinde Ebershardt. Langholz- u. Stangen- Verkauf.

Am Freitag, den 31. Jan. 1919
nachmittags 2 Uhr
verkauft die Gemeinde auf dem Rathaus im Submissionsweg
67 Stück Durchforstholz mit 21,81 Festm.
aus Hohen Egel Bd. I
Schlag
Almondstücken Bd. 8:
207 Stück mit 81,54 Festmeter.
Im Anschluß hieran werden im öffentl. Auktionsverkauf
148 Stück Verbstangen I. Klasse,
29 " " II. "
Den 25. Januar 1919.
Schultheißenamt.

Wand-Notiz-Kalender mit Marktverzeichnis und Posttarif empfiehlt G. W. ZAISER, Buchhandlg., Nagold.

Polierte Bettstellen werden zu kaufen gesucht. Angebote erbeten Möbelhaus Gebr. Karrer Karlsruhe (Baden.) Philippstr. 19.

Gaugenwald.
Unterschiedener verkauft wegen
Entbehrlichkeit ein gutes

Zugpferd.
Postbote Seeger.

Erwiderung.

Den Ausdruck „unbelebte Mühseligkeit“ in dem verlogenen Wohlflugsblatt können wir nicht auf uns ruhen lassen. Er hat unter den Bürgern zu viel böses Blut gemacht. Wir weisen ihn zurück, gleich von wem er herkommt, ob von einem Dickschädel oder Nichtdickschädel.

Die Feldgrauen Rohrdorfs.

Nagold.
Noch zwei tüchtige
Möbelschreiner
finden sofort bei guter Bezahlung
dauernde Beschäftigung.
Martin Koch, Möbelschreinerei.

Ein Frühlingstraum

Ergählung aus dem Leben von
Dieser ausgezeichnete Roman, den wir vor einigen Jahren im „Gesellschafter“ zum Abdruck gebracht haben und der den ungeteilten Beifall unserer Leserschaft und Leser fand, ist wieder in neuer Auflage erschienen.
Preis gebunden 5.50 Mark.
G. W. Zaiser
Buchhandlung Nagold.

Stedkzwiebeln, sowie Speisezwiebeln sind eingetroffen. Ludwig Koch, Gemüse- und Obsthandlung, Nagold Telefon N. 76 Für zwei alleinlebende Leute, **groß. Zimmer zu vermieten.** Zu erfragen bei der Geschäftsstelle.

Güllensaß mit Hahnen, circa 1000 Liter haltend verkauft. Wer? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Gefunden wurde eine Halskette. Abzuholen in der Geschäftsstelle des Blattes. Ein kräftiger **Junge,** der Lust hat, die Müllererei zu erlernen, findet Stelle bei Müller Kanfer, Pfrondorf. Suche auf Lichtweg oder später ein ordentliches

Mädchen für Haus und Landwirtschaft. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Gesellschafter. Aufklebadressen bei G. W. Zaiser, Nagold.

Bücher

sind die besten Geschenke!
Katalog gratis und franko.
G. W. ZAISER, Buchhandlung, Nagold.

Oberjettingen.
Brikante wegen Todesfall meines Sohnes em
Rasspferd
(Stute),
braun, 6 Jahre alt.
Balthas Henne.
Kaufe fortwährend
Pferde
zum Schlachten
Pferdeschlächterei J. M. Schlenker,
Schwenningen a. N. Telefon Nr. 30.

Nagold
Einen noch gut erhaltenen, schwarzen
Rock
hat im Auftrag zu verkaufen
F. Weinstein, Schneidern,
Burostr.

Im Auftrag suche gut erhaltenen
**Militär-
Mantel**
zu kaufen.
Näheres bei der Geschäftsstelle des Blattes.
Gesangbücher
Vorwärts bei
G. W. Zaiser,
Buchhandlung Nagold.

Ebershardt.
Eine ältere, gute
Ruh
verkauft
Wilh. Gunkel
H. H. H.

Suche
einen gebrauchten, gut erhaltenen
Ueberzieher
zu kaufen.
Wer hat die Geschäftsstelle.
Ein schönes, gut erhaltenes

Pianino
mit schönem Ton
ist zu verkaufen.
Von wem? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.
Schlafzimmermöbel
in Eiche roh, Schränke, Betten, Nachttische, Kommoden, sucht laufend zu kaufen.
L. Zink's Möbelwerkstätten, Stuttgart, Senfelderstr. 68 B I.

Ankauf von sonst bei
Schwerhörigkeit,
Ohrenschmerz,
Hörungsstörungen,
Hörner Verkauf, Stuttgart
Wächterstr. 2